

Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 23./X. Ratsperiode Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses der Stadt Kleve am Donnerstag, dem 05.09.2019, 17:00 Uhr, Treffpunkt: Blumenstraße/ Ecke Tulpenweg

	<u>Seite</u>
1. Ortstermin an der Blumenstraße (Nachpflanzungen im Rahmen des Bewirtschaftungskonzeptes Straßenbäume)	5
2. Verpflichtung eines sachkundigen Bürgers	5
3. Beratung der Erkenntnisse aus dem Ortstermin an der Blumenstraße	6
4. Keine Schottergärten in Neubaugebieten! (Anregung des Offene Klever e.V. vom 03.06.2019)	6
5. Neufassung der Baumschutzsatzung (Anregung des Offene Klever e.V. vom 07.06.2019)	7
6. Vorstellung des Verkehrsplaners Herr Klemenz	7 - 8
7. Umsetzung des Radverkehrskonzeptes - Vorlage Sachstandsbericht	8 - 10
8. Controllingbericht des Fachbereichs Tiefbau für das 2. Quartal 2019	10
9. Controllingbericht des Fachbereichs Öffentliche Sicherheit und Ordnung für das 2. Quartal 2019 - Drucksache Nr. 1118 /X. -	10 - 11
10. Sachstandsbericht zur Prüfung der Belange des Radverkehrs auf dem Deich zwischen Griethausen und Brienen (Beschluss des Rates der Stadt Kleve aus der Ratssitzung vom 28.06.2018) - Drucksache Nr. 1119 /X. -	11
11. Verkehrsberuhigung der Innenstadt (Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 27.11.2018) - Drucksache Nr. 1120 /X. -	11
12. Ausweitung des Lieferverkehrs in der Fußgängerzone (Antrag des StV. Gebing vom 06.02.2019) - Drucksache Nr. 1121 /X. -	11 - 12
13. Zeitliche Ausweitung der Sperrmaßnahmen für den Kraftfahrzeugverkehr für die Straße Opschlag - Drucksache Nr. 1122 /X. -	12

	<u>Seite</u>
14. Mitteilungen	
a) Befahren der Fußgängerzone nach 11.00 Uhr	12 - 13
b) Sachstand Klimaschutzmanagement	13
c) Rhine Cleanup day	13
d) Meldungen über Baumfällungen geschützter sowie – nicht geschützter – städtischer Bäume	13
e) Verbesserung ÖPNV-Anbindung; Antrag Ausschuss für Bürgeranträge	13
15. Anfragen	
a) B 220N	14
b) Charakteristik E-Ladestationen	14
c) Fahrradparker Stadthallenumfeld	14 - 15

Niederschrift

über die öffentliche 23./X. Ratsperiode Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses der Stadt Kleve am Donnerstag, dem 05.09.2019, 17:00 Uhr, Treffpunkt: Blumenstraße/ Ecke Tulpenweg

Unter dem Vorsitz des
Stadtverordneten Bay, Michael (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)
sind anwesend die Stadtverordneten:

Boskamp, Heinz	SPD
Bucksteeg, Friedhelm	CDU
Gerritzen, Christa	SPD
Hekke, van het, Willem	SPD
Hiob, Georg	CDU
Gietemann, Josef	SPD für Loosen, Iris
Goertz, Heinz	UK für Janßen, Alexander ab 17.45 Uhr
Kumbrink, Michael	SPD
Maaßen, Manfred	CDU
Merges, Carina	UK für Janßen, Alexander bis 17.30 Uhr
Merges, Dr. Fabian	UK für Timpe, Alfred ab 17.50 Uhr
Meyer-Wilmes, Dr. Hedwig	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN für Koken, Detlef
Rütter, Daniel	FDP ab 17.45 Uhr
Schnütgen, Wiltrud	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Schroers, Benedict	CDU
Teigelkötter, Friedhelm	CDU für Thomas, Gerhard
Verhoeven, Werner	CDU

Sachkundigen Bürger:

Cluse, Georg	
Dußling, Jürgen	
ter Meer, Hans-Jürgen	
Wiegersma, Friedhelm	ab 17.45 Uhr bis 19.17 Uhr

Nicht anwesend:

Janßen, Alexander	UK
Koken, Detlef	
Loosen, Iris	
Thomas, Gerhard	
Timpe, Alfred	

Von der Verwaltung sind anwesend:

Technischer Beigeordneter Rauer bis 18.35 Uhr (TOP
7)

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof ab 17.45
Uhr
Städtischer Verwaltungsdirektor Keyzers ab 17.45
Uhr
Städtische Verwaltungsrätin Rennecke
Tariflich Beschäftigter Klockhaus
Tariflich Beschäftigte van Koeverden ab 17.45 Uhr
Tariflich Beschäftigter Klemenz ab 17.45 Uhr
Stadtamtsrat Seißer als Schriftführer

Ausschussvorsitzender und StV. Bay eröffnet die Sitzung mit Beginn der Ortsbesichtigung an der Blumenstraße und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Anmerkungen zur Niederschrift der letzten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses ergeben sich nicht.

1. **Ortstermin an der Blumenstraße**

(Nachpflanzungen im Rahmen des Bewirtschaftungskonzeptes Straßenbäume)

Ausschussvorsitzender und StV. Bay begrüßt die anwesenden Anwohner der Blumenstraße und Mitglieder des Ausschusses.

Technischer Beigeordneter Rauer führt zunächst grundlegend zu Bepflanzungsmaßnahmen mit Straßenbäumen aus.

Technischer Beschäftigter Klockhaus erläutert, dass nach aktuellen Richtlinien bei jeder Baumpflanzung jeweils 12 m³ Substrat pro Baum in das Erdreich eingebracht werden müssen. Dies führe dazu, dass die herzurichtenden Baumscheiben ca. eine Größe von 8 m² (2 x 4 m) in Anspruch nähmen. Aus technischen Gründen sei daher bei Fällung der Straßenbäume aufgrund der örtlichen Gegebenheiten größtenteils keine Neupflanzung von Straßenbäumen möglich.

Technischer Beigeordneter Rauer fasst abschließend zusammen, dass für etwaige Baumfällungen Ersatzstandorte gesucht würden. Die verschiedenen Belange wie z. B. die Verkehrssicherheit und der Zustand der Bäume seien abzuwägen, bevor eine Entscheidung getroffen werde.

Die Ausschussmitglieder erläutern gemeinsam mit der Verwaltung und den anwesenden Anwohnern die örtlichen Gegebenheiten.

Nach einer Unterbrechung wird die Sitzung um 17.45 Uhr im Ratssaal fortgeführt.

Die Tagesordnung wird um den Tagesordnungspunkt 2. "Verpflichtung eines sachkundigen Bürgers" erweitert. Weiterhin werden die Tagesordnungspunkte 11. "Keine Schottergärten in Neubaugebieten!" und 12. "Neufassung der Baumschutzsatzung" auf die Tagesordnungspunkte 4. und 5. verschoben. Die fortfolgenden Tagespunkte werden chronologisch angeschlossen.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

2. **Verpflichtung eines sachkundigen Bürgers**

Ausschussvorsitzender und StV. Bay verpflichtet den sachkundigen Bürger, Herrn Georg Cluse, zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben mit der Verpflichtungsformel.

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde."

3. **Beratung der Erkenntnisse aus dem Ortstermin an der Blumenstraße**

Technischer Beigeordneter Rauer teilt mit, dass die Verwaltung im nächsten Ausschuss eine Empfehlung zur Neufassung des Baumpflegekonzeptes vorstellen werde.

StV. Dr. Meyer-Wilmes fragt an, ob die USK in der Herbstzeit häufiger in Straßen fegen könne, in denen Eichen wachsen. Die auf dem Boden herumliegenden Eicheln seien kein Grund für die Fällung von Bäumen.

Technischer Beigeordneter Rauer antwortet, dass die Situation jeweils von Baum zu Baum zu unterscheiden sei und Gefahrensituationen beseitigt werden müssten. Auf privater Fläche sei dies aber nicht möglich und die Eigentümer der Flächen seien dafür verantwortlich.

4. **Keine Schottergärten in Neubaugebieten!**

(Anregung des Offene Klever e.V. vom 03.06.2019)

Technischer Beigeordneter Rauer führt aus, dass die Anregungen bereits im letzten Bauausschuss diskutiert und aufgenommen worden seien. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss könne lediglich eine Empfehlung abgeben. Regelungen zu Schottergärten müssten in den Bebauungsplänen festgelegt werden, wie dies bereits geschehe.

StV. Dr. Meyer-Wilmes äußert die generelle Unterstützung für den Antrag, jedoch könne keine finanzielle Unterstützung für den Rückbau von bestehenden Schottergärten gewährt werden.

StV. Kumbrink begrüßt den Antrag ebenfalls und ergänzt, dass in Kleve bereits antragsgemäß gearbeitet werde.

StV. Goertz führt aus, dass eine Rückbaufinanzierung auch sinnvoll sein könne. In anderen Städten werde dies ebenfalls praktiziert.

StV. Verhoeven teilt mit, dass die Bearbeitung des Antrags im Bauausschuss richtig aufgehoben sei. Wichtig sei es, positiv Werbung gegen Schottergärten zu betreiben.

StV. Rütter äußert, dass er die Schaffung von finanziellen Anreizen für den Rückbau von Schottergärten befremdlich finde. Die Verwaltung solle überlegen, ob die Versiegelung von Flächen, beispielsweise durch höhere Gebühren, unattraktiver gestaltet werden könne.

StV. Kumbrink begrüßt die Anregung des StV. Rütter ausdrücklich und bittet, diese für die Beratungen im Bauausschuss zu berücksichtigen.

Technischer Beigeordneter sichert die Aufnahme der Anregung für den Bauausschuss zu.

Städtischer Verwaltungsdirektor Keyzers teilt abschließend mit, dass die Finanzierung des Rückbaus von Schottergärten keine Aufgabe der Verwaltung sei.

Eine Abstimmung über den Antrag ist nicht erfolgt.

5. **Neufassung der Baumschutzsatzung**

(Anregung des Offene Klever e.V. vom 07.06.2019)

Technischer Beigeordneter Rauer weist darauf hin, dass die Verwaltung bereits vor einiger Zeit Vorschläge für eine Baumschutzsatzung unterbreitet habe. Insgesamt seien drei Varianten (alte Satzung, keine Satzung, Satzung zum Umfang der Bäume) denkbar. Die Thematik der öffentlichen Diskussion sei bereits mehrfach Thema gewesen. Diese könne dazu führen, dass umfangstarke Bäume gefällt würden, um nicht unter eine neue Baumschutzsatzung zu fallen. Die Fraktionen im Rat der Stadt Kleve sollten Stellungnahmen zu der Verwaltungsvorlage abgeben.

StV. Schnütgen teilt mit, dass eine Beratung im nächsten Umwelt- und Verkehrsausschuss sinnvoll sei. Sie bittet um Mitteilung eines Zeitpunktes, wann die Stellungnahmen der Fraktionen zu der Verwaltungsvorlage zur Beratung vorliegen müssten.

Technischer Beigeordneter Rauer antwortet, dass die Stellungnahmen der Fraktionen der Verwaltung ca. 5 - 6 Wochen vor der nächsten Ausschusssitzung vorliegen müssten.

StV. Gietemann führt aus, dass man sich in den seinerzeitigen Beratungen darauf verständigt habe, dass die Diskussion nicht öffentlich durchgeführt werde. Daher sollte die Thematik im nächsten Umwelt- und Verkehrsausschuss im nichtöffentlichen Teil behandelt werden.

StV. Dr. Meyer-Wilmes teilt mit, dass die Satzung auch Baumpflegesatzung genannt werden könnte. Eine Diskussion zur Mustersatzung der Verwaltung in der nächsten Ausschusssitzung sei sinnvoll.

StV. Verhoeven erläutert, dass gerade viele ältere Bäume durch die Wetterlage der letzten zwei Jahre noch absterben könnten. Die Politik dürfe nun keinen Schnellschuss tätigen und müsse die Thematik in der nächsten Sitzung des Ausschusses erörtern.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay teilt mit, dass weitere Impulse aus dem Ausschuss kommen müssten. Die Vorschläge der Fraktionen sollten in der nächsten Ausschusssitzung beraten werden.

Eine Abstimmung über den Antrag ist nicht erfolgt.

6. **Vorstellung des Verkehrsplaners Herr Klemenz**

Tariflich Beschäftigter Klemenz stellt sich vor und teilt mit, dass er seine Tätigkeit ab April 2019 aufgenommen habe. Bereits seit ca. 15 Jahren arbeite er als Verkehrsplaner. Zuletzt habe er bei einer niederländischen Firma in Amersfoort gearbeitet. Eines seiner bisherigen Projekte sei beispielsweise eine Busstudie für Kapstadt gewesen. Abschließend teilt er mit, dass er offen für Anregungen und sachliche Kritik sei.

StV. Dr. Meyer-Wilmes fragt nach der Arbeitsaufgabe und der ersten Priorität.

Tariflich Beschäftigter Klemenz antwortet, dass er sich zunächst mit der Situation vor Ort vertraut mache. Er erhebe Daten um festzustellen, welches Mobilitätsverhalten vorliege und wie dieses verbessert werden könne.

Sachkundiger Bürger Cluse regt an, für die Lichtsignalanlage am Freiherr-vom-Stein-Gymnasium einen Kreisverkehr zu bauen.

Technischer Beigeordneter Rauer antwortet, dass sich der Verkehrsplaner heute vorstelle. Anregungen können jederzeit abgegeben werden.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay teilt ergänzend mit, dass die Einrichtung eines Kreisverkehrs an der o. a. Örtlichkeit aufgrund der vorherrschenden Topographie bereits 1999 durch StraßenNRW abgelehnt worden sei.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus führt anhand einer PowerPoint-Präsentation weiter zum Mobilitätskonzept 2030 aus.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay bittet die Mitglieder des Ausschusses inhaltlich Vorschläge zu unterbreiten, wie die Arbeit der Verwaltung bei der Erstellung des Mobilitätskonzeptes 2030 unterstützt werden könne.

Technischer Beigeordneter Rauer erläutert, dass ein neues Radverkehrskonzept Bestandteil des Mobilitätskonzeptes werde.

7. **Umsetzung des Radverkehrskonzeptes - Vorlage Sachstandsbericht**

- Drucksache Nr. 1123 /X. -

Tariflich Beschäftigte van Koeverden hält den Sachstandsbericht zum Radverkehrskonzept anhand einer PowerPoint-Präsentation.

StV. Schnütgen teilt mit, dass die Bemühungen der Verwaltung zu positiven Bewegungen führen würden. Weiterhin führt sie aus, dass das Knotenpunktsystem in Regie der Stadt übernommen werde und fragt an, ob eine Ausweitung des Systems geplant sei.

Tariflich Beschäftigte van Koeverden antwortet, dass der Kreis Kleve die Einrichtung des Knotenpunktsystems durchführe. Die Stadt Kleve sei anschließend für die Wartung und Pflege des Systems verantwortlich. Netzergänzungen seien dann aber jederzeit möglich.

StV. Schnütgen führt aus, dass das Knotenpunktsystem Radfahrer weiterhin durch die Fußgängerzone führe und Touristen bereits mehrfach "abkassiert" worden seien. Sie bittet um Mitteilung, ob die Polizei nicht weniger Verwarnungen in der Fußgängerzone aussprechen könne.

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof antwortet, dass die Verwaltung nicht von der Polizei verlangen könne, dass in der Fußgängerzone die bestehende Verkehrsregelung nicht oder nur weniger kontrolliert werde.

StV. Bucksteeg ergänzt, dass die Polizei nach dem Opportunitätsprinzip handele. Dies bedeute ein Einschreiten nach pflichtgemäßem Ermessen.

StV. Gietemann teilt mit, dass für die Radwegeführung Tweestrom/ Kerkenkamp Haushaltsmittel für Planungsleistungen in Höhe von 15.000,00 € bereitgestellt worden seien und bittet um Mitteilung, wann mit der Durchführung der Planungen zu rechnen sei.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus erläutert, dass nach der abgeschlossenen Organisationsuntersuchung für den Fachbereich 66 nunmehr auch die personellen Ressourcen geschaffen worden seien. Die Ausführungsplanung als auch die

konzeptionelle Planung würde noch dieses Jahr beginnen. Für das Jahr 2020 seien bereits Haushaltsmittel für den Ausbau veranschlagt worden.

StV. Goertz möchte wissen, ob auf der Hoffmannallee im Bereich ab der Lindenallee bis zum EOC Hinweise angebracht werden können, welche dem Kraftfahrzeugführer signalisieren, dass auf dem Radweg fahrende Radfahrer beim Rechtsausstieg beachtet werden müssen?

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof antwortet, dass Kraftfahrzeugführer bei vorhandenen Radwegen grundsätzlich achtsam die Fahrzeugtüren zum Radweg zu öffnen hätten. Es müsse jederzeit darauf geachtet werden, dass Radfahrende nicht gefährdet würden. Hinweisschilder für diese Situation sehe die Straßenverkehrsordnung nicht vor. Zusätzlich ergänzt er, dass in dem geschilderten Bereich für die Radfahrer keine Benutzungspflicht des Radweges bestehe und diese auf der Fahrbahn fahren können.

StV. Verhoeven fragt an, ob im Bereich der Europa-Radbahn ein Mittelstrich aufgebracht werden könne. Gerade in der dunklen Jahreszeit sei eine solche Einrichtung sinnvoll.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus führt aus, dass eine solche Maßnahme kurzfristig mit allen Beteiligten diskutiert worden sei. Es handle sich bei der Europa-Radbahn aber nicht um einen Radschnellweg, weshalb die Auftragung von Mittelstrichen nicht erforderlich sei. In der dunklen Jahreszeit bei Dunkelheit müssten Radfahrer auch mit Beleuchtung fahren. Die Kosten für die Auftragung von Mittelstrichen würden weiterhin im sechsstelligen Bereich liegen.

Sachkundiger Bürger Cluse regt an, die Wegeverbindungen im Reichswald besser auszubauen. Hierdurch könnten u. a. touristische Routen entwickelt werden.

StV. Gietemann teilt mit, dass die Fortsetzung der Europa-Radbahn Richtung Emmerich am Rhein im Rahmen des Straßenbaus der B 220N sinnvoll sei. Eventuell könnten dafür Euregio Mittel beantragt werden.

Tariflich Beschäftigte van Koeverden antwortet, dass die Euregio hierzu eine Studie in Auftrag gegeben habe. Eine Wegeführung könne über die B 220 möglich sein. Die Zuständigkeit läge aber bei StraßenNRW.

StV. Gietemann bittet, die Anregung bereits im Planfeststellungsverfahren zu machen.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus bestätigt, dass die Thematik bereits beim Jahresgespräch mit StraßenNRW erörtert und StraßenNRW auch angeschrieben worden sei. Derzeit müsse die weitere Abstimmung abgewartet werden. Das Thema werde aber erneut aufgenommen. Die Abstimmung dauere noch an.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay führt aus, dass die Verwaltung bereits viele Anstrengungen zur Verbesserung des Radverkehrs in Kleve unternommen habe. Dennoch müsse der Radverkehr weiterhin optimiert werden. Beispielsweise müssten sichere Fahrradstraßen entwickelt werden, auf denen die Kraftfahrzeuge nicht prioritär, sondern tatsächlich untergeordnet nur als "Gast" führen. Bisher seien auch und gerade minderjährige Radfahrer*innen auf den vorhandenen Radwegen nicht sicher, sondern eher unfallgefährdet.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus antwortet, dass dies ein Ansatz im Mobilitätskonzept werde. Der Anteil des Radverkehrs solle weiter gesteigert werden. Hier müsse aber großflächig gedacht werden. Die in Kleve eingerichteten Fahrradstraßen seien teilweise

nicht optimal angelegt worden. Er bittet um Geduld für die Erstellung eines ganzheitlichen Mobilitätskonzeptes.

StV. Goertz teilt mit, dass Radfahrer aktuell kaum sicher von Materborn nach Kellen fahren könnten.

8. **Controllingbericht des Fachbereichs Tiefbau für das 2. Quartal 2019**

- Drucksache Nr. 1133 /X. -

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Controllingbericht des Fachbereichs Tiefbau für das zweite Quartal 2019 zur Kenntnis.

Sachkundiger Bürger Wiegersma teilt mit, dass er in dem Bericht landwirtschaftliche Straßen vermisst. Hierfür könnten Förderungen beantragt werden.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus antwortet, dass in den vergangenen Jahren hierfür kein Ansatz gebildet worden sei. Auch finde derzeit ein konzeptionelles Umdenken statt. Ein Konzept werde unter Berücksichtigung einer möglichen Förderung erstellt, um Maßnahmen anschließend nachhaltig durchführen zu können.

9. **Controllingbericht des Fachbereichs Öffentliche Sicherheit und Ordnung für das 2. Quartal 2019**

- Drucksache Nr. 1118 /X. -

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Controllingbericht des Fachbereichs Öffentliche Sicherheit und Ordnung für das zweite Quartal 2019 zur Kenntnis.

StV. Verhoeven merkt an, dass bei den Grunddaten die Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr gestiegen seien und bittet um Mitteilung, ob dies an gestiegenen Fehlalarmen und Ölunfällen festzumachen sei.

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof antwortet, dass Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr nicht vorhersehbar seien. Durch Stürme und Starkregenereignisse stiegen die Einsatzzahlen. Eventuell sei zukünftig auch eine Ölspurbeseitigung durch Dritte möglich. Mehr dazu könne nach Verabschiedung des Brandschutzbedarfsplanes gesagt werden. Durch immer mehr und größere Gebäudeanlagen in Kleve könne es auch vermehrt zu Fehlalarmen kommen. Eine große Anzahl der Einsätze werde aber durch die Mitarbeiter des Servicecenter Brandschutz unterstützt und die Freiwillige Feuerwehr hierdurch im Ehrenamt geschont.

StV. Bucksteeg bittet um Mitteilung, warum die Außendiensttätigkeit des OSD um 10 % zurückgegangen sei.

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Antwort zur Niederschrift:

Bei der Prognose zum 31.12.2019 handelt es sich um einen redaktionellen Fehler. Statt der angegebenen 7.300 Stunden hätten 7.000 Stunden aufgeführt werden müssen. Demzufolge hätte die Prognose zum Stichtag (30.06.2019) 3.500, und nicht 3.650 Stunden, lauten müssen. Die sodann noch vorhandenen Abweichungen liegen vor, da ein Mitarbeiter des Ordnungs- und Servicedienstes im Juni 2019 seinen "Jahresurlaub" in

Anspruch genommen hat. Ein Abgleich der letzten drei Jahre hat ergeben, dass die Anzahl der Stunden gleichbleibend ist. Hierzu können die entsprechenden Controllingberichte zum Stichtag 30.06. der letzten Jahre verglichen werden.

10. **Sachstandsbericht zur Prüfung der Belange des Radverkehrs auf dem Deich zwischen Griethausen und Brienen**

(Beschluss des Rates der Stadt Kleve aus der Ratssitzung vom 28.06.2018)

- Drucksache Nr. 1119 /X. -

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof erläutert die Drucksache. Unter den derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen sei die Einrichtung einer Fahrradstraße nicht möglich. Das Bundesministerium habe jedoch eine Gesetzesänderung der Straßenverkehrsordnung (StVO) initiiert, welche die Einrichtung von Fahrradstraßen erleichtern solle.

StV. Gietemann teilt mit, dass die Gesetzesänderung der StVO zunächst abgewartet werden solle. Die Maßnahme dürfe nicht zum Nachteil der Bewohner von Griethausen und Brienen durchgeführt werden.

StV. Verhoeven bedankt sich für die umfangreiche Drucksache. Eine Fahrradstraße, so sie denn rechtlich umsetzbar sei, solle mit dem Deichverband gemeinsam eingerichtet werden.

11. **Verkehrsberuhigung der Innenstadt**

(Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 27.11.2018)

- Drucksache Nr. 1120 /X. -

StV. Dr. Meyer-Wilmes beantragt weitere Fraktionsberatungen. Die Lärm- und CO-2-Belastung müsse ebenfalls berücksichtigt werden.

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof antwortet, dass die Prüfung der Verwaltung unter Berücksichtigung der Belange der Straßenverkehrsordnung durchgeführt worden sei. Eine Prüfung zu den weiteren Belastungen erfolge durch den Fachbereich Tiefbau.

Die schriftliche Stellungnahme des Fachbereichs Tiefbau liegt der Niederschrift anbei.

12. **Ausweitung des Lieferverkehrs in der Fußgängerzone**

(Antrag des StV. Gebing vom 06.02.2019)

- Drucksache Nr. 1121 /X. -

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof erläutert die Drucksache.

StV. Verhoeven teilt mit, dass die Anlieferungszeit knapp bemessen sei und fragt nach, ob die Lieferzeit bis 20.00 Uhr ausgedehnt werden könne.

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof bestätigt, dass dies grundsätzlich möglich sei. Bei einer Fußgängerzone handle es sich aber um einen besonders geschützten Bereich für Fußgänger. Daher sollte die weitere Öffnung für Lieferverkehr auf eine Stunde begrenzt werden.

StV. Rütter führt aus, dass es nicht um Lieferverkehr von Firmen, sondern von Anwohnern gehe. Es handle sich um eine Fußgängerzone in der auch gelebt werde.

StV. Kumbrink hält die Ausdehnung der Lieferzeiten bis 19.30 Uhr für sinnvoll.

StV. Schnütgen teilt mit, dass sich die Anfrage ausschließlich auf Anwohner beziehe. Die Verwaltung habe die Anfrage missverstanden.

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof entgegnet, dass die Verwaltung die Anfrage nicht missverstanden habe. Die seinerzeitige Prüfung unter Beteiligung des KCN habe unter anderen Voraussetzungen stattgefunden. Die Beteiligten seien sich bzgl. weiterer Lieferzeiten nicht einig geworden. Die jetzige Prüfung habe unter Berücksichtigung der Belange der Anwohner und der Geschäftsleute stattgefunden.

StV. Verhoeven teilt abschließend mit, dass er der Verwaltungsvorlage zustimmen könne.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Kleve einstimmig, dem Beschlussvorschlag der Drucksache zu folgen.

13. **Zeitliche Ausweitung der Sperrmaßnahmen für den Kraftfahrzeugverkehr für die Straße Opschlag**

- Drucksache Nr. 1122 /X. -

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof erläutert die Drucksache.

StV. Gietemann teilt mit, dass er der Drucksache in vielen Punkten zustimmen könne. Er finde aber, dass die Sperrung zu lange ausgedehnt werde. Zumindest vormittags solle die Straße Opschlag für den Kraftfahrzeugverkehr freigegeben werden.

StV. Dr. Meyer-Wilmes würde der Drucksache zustimmen. Es gehe nicht um einzelne Stunden. Langfristig müsse das Ziel sein, Kleve autofreier zu machen.

StV. Rütter lehnt den Verwaltungsvorschlag ab und teilt mit, dass die jetzige Regelung bestehen bleiben solle. Die Rückmeldung von Anwohner und Gastronomen zeige, dass diese nicht gestört seien.

StV. Dr. Merges schließt sich der Meinung des StV. Rütter an.

StV. Verhoeven schließt sich der Meinung der StV. Dr. Meyer-Wilmes an.

StV. Kumbrink beantragt weitere Fraktionsberatungen.

14. **Mitteilungen**

a) Befahren der Fußgängerzone nach 11.00 Uhr

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof teilt mit, dass die Verwaltung im Frühjahr dieses Jahres festgestellt habe, dass die Lieferzeiten in der Fußgängerzone häufig nicht eingehalten würden und daraufhin verstärkte Kontrollen durchgeführt. Die Anzahl der

Verwarnung sei kontinuierlich gesunken. Daher sei davon auszugehen, dass sich die stetige Kontrolle der Fußgängerzone positiv auf das Verhalten der Kraftfahrzeugführer ausgewirkt habe.

b) Sachstand Klimaschutzmanagement

Städtische Verwaltungsrätin Rennecke teilt mit, dass der Förderantrag zur Schaffung einer Stelle für das Klimaschutzmanagement gestellt und die Stelle, vorbehaltlich der Förderzusage, ausgeschrieben werde. Derzeit würden die eingegangenen Bewerbungen ausgewertet. Mit E-Mail vom 03.09.2019 habe der Projektträger mitgeteilt, dass die Antragsbearbeitung aufgrund des erhöhten Antragsaufkommens nur verzögert vorankomme und der Bewilligungszeitraum 01.10.2019 nicht zu halten sei. Die Verwaltung stehe in Kontakt mit dem Projektträger, um die Bearbeitung zu forcieren. Der Beitritt zum Zukunftsnetz Mobilität NRW sei geplant, wenn die Stelle des Klimaschutzmanagements besetzt sei.

c) Rhine Cleanup day

Städtische Verwaltungsrätin Rennecke teilt mit, dass am 14. September von 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr der nächste „Rhine Cleanup day“ stattfinde. Hierfür solle der Abschnitt im Naturschutzgebiet Salmorth auch in diesem Jahr von Müll befreit werden. Herr Dr. Werneke vom Naturschutzzentrum im Kreis Kleve e.V. werde an diesem Tag ebenfalls vor Ort sein und die Aktion begleiten. Jeder, der diese Aktion unterstützen möchte, sei herzlich eingeladen: Treffpunkt sei am 14. September, 10.00 Uhr, der Parkplatz der ADM Spyck GmbH (Rheinstraße 24/ Kleve Salmorth). Die Teilnahme erfolge auf eigenes Risiko. Am Treffpunkt werde eine kurze Einweisung erfolgen, Müllbeutel sowie Handschuhe würden an die Helfer ausgegeben. Greifer stünden in begrenzter Anzahl ebenfalls zur Verfügung.

d) Meldungen über Baumfällungen geschützter sowie - nicht geschützter - städtischer Bäume

Die Tabelle hinsichtlich der Meldungen über Baumfällungen geschützter sowie - nicht geschützter - städtischer Bäume ist den Ausschussmitgliedern bereits zugegangen.

e) Verbesserung ÖPNV-Anbindung; Antrag Ausschuss für Bürgeranträge

Städtischer Verwaltungsdirektor Keyzers teilt für die weitere Beratung der Fraktionen mithilfe eines Schaubildes mit, dass eine Verbesserung der Anbindung des Tönnissen-Centers an den ÖPNV mit den Linien 50 und 51 voraussichtlich zusätzliche Kosten in Höhe von 130.000,00 € bis 150.000,00 € verursachen würde. Das Schaubild ist der Niederschrift beigefügt.

StV. Goertz fragt hierzu an, ob die eingesetzten Busse im dortigen Bereich nicht behindertengerecht ausgestattet seien.

Städtischer Verwaltungsdirektor Keyzers antwortet, dass diese Information beim ÖPNV-Anbieter angefragt worden sei, eine Antwort aber noch ausstehe und eine schriftliche Mitteilung erfolge.

15. Anfragen

a) B 220N

StV. Rütter führt aus, dass bei einem Bau der B 220N erhebliche Flächen der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen (Haus Riswick) betroffen seien und möchte wissen, ob die Verwaltung dies berücksichtigt habe.

Städtischer Verwaltungsdirektor Keyzers antwortet, dass die Verwaltung diesbezüglich im stetigen Austausch mit der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen stehe.

b) Charakteristik E-Ladestationen

StV. Dr. Merges bittet um Mitteilung, wo E-Ladestationen mit welcher Charakteristik im Stadtgebiet Kleve eingerichtet worden seien.

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof teilt mit, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

Antwort zur Niederschrift:

Zurzeit betreiben die Stadtwerke Kleve im Stadtgebiet Kleve 20 Ladepunkte für E-Cars.

Die Ladeinfrastruktur teilt sich wie folgt auf:

- 14 Normalladepunkte (Ladeleistung bis 22 kW Drehstrom)
 - Ladesäule Ferdinandstraße (2 Ladepunkte)
 - Ladesäule van-den-Berg-Straße (2 Ladepunkte)
 - Ladesäule USK Brabanterstraße (2 Ladepunkte)
 - Ladesäule Sternbuschbad (2 Ladepunkte)
 - Wallboxen Parkhaus Stechbahn (4 Ladepunkte)
- 6 Schnellladepunkte (Ladeleistung bis 50 kW Gleichstrom / 43 kW Drehstrom)
 - Ladesäule Stadtwerke Kleve (3 Ladepunkte)
 - Ladesäule Rathaus (3 Ladepunkte)

An allen Ladesäulen können zwei Fahrzeuge zeitgleich laden. Dies gilt auch für die beiden Schnellladesäulen (siehe u.a. Erläuterung)!

Die Schnellladesäulen verfügen über drei verschiedene Ladesteckverbindungen (2 x Gleichstromstecker Typ CCS / alternativ Typ ChadeMo, oder 1 x Drehstromstecker Typ 2) mit festangeschlossenem Ladekabel. Der Nutzer kann von den Varianten die für seinen Fahrzeugtyp passende Ladesteckverbindung wählen, so dass auf einen Adapter verzichtet werden kann. Obwohl hier drei Anschlusspunkte vorhanden sind, können zeitgleich nur zwei Ladepunkte betrieben werden (ein ausgewähltes Gleichstrom-Ladesystem parallel zum Drehstrom-Ladesystem).

c) Fahrradparker Stadthallenumfeld

StV. Gerritzen trägt vor, dass der erste Bauabschnitt des Stadthallenumfeldes zwischenzeitlich abgeschlossen sei. Gerade bei Veranstaltungen seien Stellplätze für Fahrräder knapp bemessen. Es könnten beispielsweise im Bereich des Restaurants "Schwanenstuben" weitere Fahrradparker geschaffen werden.

Tariflich Beschäftigte van Koeverden antwortet, dass wegen dem weiteren Bauablauf noch keine weiteren Fahrradparker eingerichtet wurden und sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay bemängelt die riesigen versiegelten Flächen im Bereich der Lohstätte. Hier könnten überdachte Fahrradparkplätze eingerichtet, zur Auflockerung auch Bäume gepflanzt werden.

StV. Schroers entgegnet, dass sämtliche Pläne zur Neugestaltung des Stadthallenumfeldes der Politik vorgelegen hätten. Die Verwaltung habe diesbezüglich korrekt gearbeitet.

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof führt weiter aus, dass die Ansiedlung von Gastronomie im Bereich der Lohstätte geplant gewesen sei um den Platz zu beleben. Vermutlich werde nunmehr keine Gastronomie im dortigen Bereich angesiedelt. Daher könnten dort vielleicht, zumindest vorübergehend, Fahrradparkplätze eingerichtet werden.

Ende der Sitzung: 19:54 Uhr

(Bay)
Vorsitzender

(Seißer)
Schriftführer